

# Als Ersatz für die US-Hegemonie - Biden segnet eine Ehe aus Apartheid und Autokratie

Iyad el-Baghdadi, 972mag.com, 20.07.22

**Die israelisch-saudische Normalisierung ist der Kern einer neuen regionalen Ordnung, die von „Frieden“ spricht und Menschen wie Kashoggi und Abu Akleh opfert.**

Im Nahen Osten und in Nordafrika entsteht eine neue autoritäre Ordnung, die von „Frieden“, „Toleranz“ und „Entwicklung“ spricht, sich aber auf Geld, Unterdrückung und die Beschönigung mörderischer Verbrechen stützt. An ihr klebt das Blut von Jamal Khashoggi, an ihr klebt das Blut von Shireen Abu Akleh. Die Palästinenser:innen stehen am Ende dieser gewalttätigen Ordnung - und es könnte an ihnen liegen, den Widerstand in der Region dagegen anzuführen.

Um den Besuch von US-Präsident Joe Biden in Israel und Saudi-Arabien in der vergangenen Woche wurde viel Aufhebens gemacht, insbesondere um die Kehrtwende seiner Regierung, die vier Jahre nach der aufsehenerregenden Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul wieder mit dem Königreich zusammenarbeitet.

Inmitten verschiedener Spekulationen über den Hauptzweck der Reise haben viele Beobachter die Reise als einen Versuch Bidens gesehen, die steigenden Energiepreise einzudämmen - eine Folge der internationalen Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine - indem er die Saudis davon überzeugt, die Ölproduktion zu erhöhen.

Biden hat sich in dieser Frage jedoch zurückhaltender geäußert und im vergangenen Monat betont, dass Öl nicht der Grund für seine Reise sei. Energieexperten sind zu der Einschätzung gelangt, dass die Preise für Amerikaner:innen und Europäer:innen nicht wesentlich sinken würden, selbst wenn die Saudis entgegenkämen. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron soll Biden darauf hingewiesen haben, dass Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate nicht über die überschüssigen Kapazitäten verfügen, um ihr Angebot zu erhöhen, selbst wenn sie dies wollten.

Dies scheint sich nun nach Abschluss der Nahostreise zu bestätigen, und es sieht nicht so aus, als hätten die Vereinigten Staaten einen Durchbruch an der Energiefront erzielt. Während des Gipfeltreffens in Jeddah erklärte Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS), dass Saudi-Arabien nicht über zusätzliche Ölkapazitäten verfüge, diese aber bis 2027 auf 13,4 Millionen Barrel erhöhen könne. Der saudische Außenminister Adel Al-Jubeir fügte später hinzu, dass die Ölproduktion bei den Treffen „nicht diskutiert“ wurde.

Was war also das wirkliche Kalkül? Wir brauchen nicht zu spekulieren - wir können Biden einfach bei seinen eigenen Worten nehmen. Ungefähr zu dem Zeitpunkt, als er seine Entscheidung zur Teilnahme am Gipfeltreffen in Jeddah traf, stellte der Präsident klar, dass der Staat Israel tatsächlich das Kernthema seines Besuchs war. „Es handelt sich zufällig um ein größeres Treffen, das in Saudi-Arabien stattfindet“, sagte er zu Reportern. „Das ist der Grund für meinen Besuch. Und es hat mit der nationalen Sicherheit für sie zu tun - für die Israelis.“

Diese verblüffend direkte Bemerkung hat einen breiteren Kontext. Während die Vereinigten Staaten seit den 1940er Jahren stark in die Angelegenheiten des Nahen Ostens involviert sind, war das vergangene Jahrzehnt dieser Verstrickung durch einen schrittweisen Rückzug gekennzeichnet. Die Mehrheit der Amerikaner:innen, sowohl Republikaner:innen als auch Demokrat:innen, hat genug von endlosen Einsätzen und immerwährenden Kriegen und ist skeptisch gegenüber ausländischen Verstrickungen. Die Frage, die sich die Präsidenten seit den Obama-Jahren stellen, ist nicht, ob die USA ihr Engagement in der Region zurückfahren sollten, sondern wie sie dies tun sollten.

Der Aufstieg des *Islamischen Staates (ISIS)* führte zu einer vorübergehenden Umkehrung dieses Prozesses, aber 2019 wollte Obamas Nachfolger Donald Trump wieder mehr Truppen abziehen. Selbst in Krisenfällen - wie dem Angriff auf saudische Öleinrichtungen in Abqaiq - entschied sich die Trump-Administration für eine gezielte Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani und seines Gefolges, während sie sich im Januar 2020 auf irakischem Boden aufhielten, anstatt neue Truppen zu entsenden.

Die Vereinigten Staaten waren sich immer bewusst, dass ihr Rückzug aus der Region ein Machtvakuum hinterlassen würde; die Frage war, welche Partei sie ermächtigen sollten, die Folgen zu bewältigen und die Interessen der USA zu wahren - das heißt, wem sollten sie die Schlüssel geben?

Heute, da sich die Region stark verändert hat, scheint Bidens Team seine Vision gefunden zu haben, die sich in der Ära Trump herauskristallisiert hat und die eine Normalisierung zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten als die günstigste Konfiguration für diese Aufgabe sieht.

Führer:innen und Verbündete des Staates Israel scheinen diese Agenda schon seit einiger Zeit voranzutreiben. Bereits im Jahr 2020 schrieb Richard Goldberg, ein leitender Berater der neokonservativen, israelfreundlichen *Foundation for Defense of Democracies*, in *Newsweek*, dass „Biden die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien grundlegend umgestalten will. Die einzige Möglichkeit für Riad, zu verhindern, was sich ankündigt, könnte darin bestehen, die Beziehungen zum Staat Israel jetzt zu normalisieren“.

Dies erwies sich als richtig. Im Oktober 2021 erörterte der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, während eines Staatsbesuchs in Saudi-Arabien mit MBS eine Normalisierung der israelischen Beziehungen, und im vergangenen April äußerte Michael Herzog, Israels US-Botschafter, die Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zum Königreich verbessern würden. All dies geschah, während der Staat Israel seine Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, dem Sudan und Marokko im Anschluss an das Abraham-Abkommen festigte und die

israelische Regierung munkelte, dass ein wichtiger arabischer Staat - vermutlich Saudi-Arabien - bald nachziehen würde.

### **Eine neue israelisch-saudische autoritäre Ordnung**

Obwohl Biden in der vergangenen Woche erneut sein Engagement für seine Verbündeten im Nahen Osten bekundete, wird sich in materieller Hinsicht wenig ändern. Mit diesen Erklärungen wird lediglich bekräftigt, was für viele selbstverständlich geworden ist - die unerschütterliche Unterstützung der USA für den Staat Israel, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate - gerade weil Washington seine Koffer packt. Es geht auch darum, die Beziehungen zu den Golfstaaten zu beschwichtigen, die zunehmend das Gefühl haben, dass die Vereinigten Staaten kein verlässlicher Verbündeter gegen den Iran mehr sind, insbesondere wenn es zu einer militärischen Konfrontation kommt.

Der Titel des nächsten Kapitels der amerikanischen Nahostpolitik lässt sich daher am besten mit Bidens eigenen Worten in seinem seltenen Gastbeitrag in der Washington Post zusammenfassen: „Nächste Woche werde ich der erste Präsident sein, der den Nahen Osten seit dem 11. September besucht, ohne dass dort US-Truppen in einem Kampfeinsatz sind. Mein Ziel ist es, dass dies so bleibt.“

In Anbetracht all dessen ist klar, warum Biden die Demütigung ertragen konnte, Mohammad Bin Salman, der 2018 den brutalen Mord an Jamal Khashoggi angeordnet hatte, eine Faust entgegen zu strecken, obwohl der Präsident zuvor versprochen hatte, Saudi-Arabien zu einem „Paria“ zu machen. Das liegt daran, dass sich die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahrzehnten nicht auf MBS stützen müssen. Stattdessen können die Israelis und die Saudis nach über 70 Jahren, in denen die beiden Länder keine formellen Beziehungen unterhielten, nun direkt miteinander kooperieren.

In diesem Sinne erneuert das Weiße Haus nicht sein Versprechen mit den arabischen Ölprinzen, sondern segnet eine neue Ehe ab, die nach seinem Abgang fortgesetzt werden soll.

Wie erfolgreich wird diese Politik sein, und welchen Preis wird sie für das Ansehen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten und weltweit haben? Die Zeit wird es zeigen, aber im Moment scheint es klar zu sein, dass der Gipfel die geopolitische Entwicklung in der Region nicht wesentlich beeinflusst hat. MBS hingegen fühlt sich durch den Besuch erneuert und gestärkt und sieht diese Episode als Bestätigung. Ermutigt sind auch die israelischen Führer, die dies als Bestätigung von Trumps aggressiv israelfreundlicher Politik auffassen, die das Paradigma „Land für Frieden“ aufgibt und die Palästinenserfrage ungelöst lässt.

Eines hat bei all dem jedoch gefehlt: die Stimme der Menschen in der Region. Aus unserer Sicht als arabische Pro-Demokratie-Aktivist:innen hat Biden uns auf Jahrzehnte bittere Instabilität vorbereitet, indem er eine Partnerschaft zwischen einem Apartheidregime und arabischen Autokraten absegnete. Im Nahen Osten und in Nordafrika entsteht eine neue autoritäre Ordnung, die von „Frieden“, „Toleranz“ und „Entwicklung“ spricht, sich aber auf Geld, Unterdrückung und die Beschönigung mörderischer Verbrechen stützt. An ihr klebt das Blut von Jamal Khashoggi, an ihr klebt das Blut von

Shireen Abu Akleh. Die Palästinenser:innen stehen am Ende dieser gewalttätigen Ordnung - und es könnte an ihnen liegen, den Widerstand in der Region dagegen anzuführen.

*Iyad el-Baghdadi ist ein palästinensischer Autor und Aktivist. Er ist der Gründer der in Oslo ansässigen Kawaakibi-Stiftung und Verfasser von „The Middle East Crisis Factory“ (Hurst, 2021).*

Quelle: <https://www.972mag.com/biden-israel-saudi-arabia/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de